

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kahr fordert Rechtsdiktatur im Reich.

Will er marschieren? — Knilling gestürzt.

In Bayern haben sich über Nacht Vorgänge vollzogen, die noch in einiges Dunkel gehüllt sind, die aber für die politische Entwicklung der nächsten Zeit von weitestreichender Bedeutung sein werden.

Herr v. Kahr, der von der verfassungsmäßigen Regierung Knilling eingesehete Generalstaatskommissar, hat die Regierung, die ihn einsetzte, gestürzt. Er hat über ihren Kopf hinweg nach Berlin ein Ultimatum geschickt, das mit dem Vormarsch auf Berlin droht, falls nicht binnen 24 Stunden hier eine Rechtsdiktatur eingerichtet werde.

Diese Tat eines Wahnsinnigen stellt Bayern und ganz Deutschland vor die schwersten Ereignisse.

Nach dem Bruch.

Uneingeschränkte Freude löst der Rücktritt der sozialdemokratischen Minister in den Spalten der Rechtspresse aus. Unverhohlen wird in jeder Zeile die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß nun nicht nur im Reich, sondern in allen Ländern und Verwaltungen mit dem „marxistischen Einfluß“ ausgeräumt wird. „Keine Halbheiten mehr.“ ruft die „Deutsche Tageszeitung“ und warnt vor der Höflichkeit halber Lösungen nach dem Ausdruck der Sozialdemokratie:

„In der Möglichkeit halber Lösungen liegt auch jetzt, wo die ungeliebte Koalitionspolitik unrühmlich zusammengebrochen ist, die größte Gefahr. Mit allem Nachdruck muß gesagt werden, daß solche Lösungen in jeder Hinsicht nicht nur unglücklich, sondern unverantwortlich wären. Wird jetzt nicht endlich das Reichssteuer mit aller grundsätzlichen und tatsächlichen Entschiedenheit nach rechts herumgeworfen, dann sind die Gefahren, welche Reich und Volk bedrohen, nicht mehr zu bannen.“

Das Steuer nach rechts herumwerfen, kann aber nach Ansicht der reaktionären Parteien keine Regierung der Mitte, und offenbar auch keine Regierung der bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Deutschnationalen. Denn die Verfassung von Weimar besteht nach Ansicht der Reaktionen „nur noch aus jämmerlichen Fetzen“:

„Schon deshalb müssen neue Wege gesucht werden, um den augenblicklichen Mißstand auszuräumen. Diese Wege kann nur eine Regierung finden und geben, die das Bewußtsein hat, daß die stärksten und besten Kräfte des deutschen Volkes hinter ihr stehen. Dazu aber gehören in erster Linie die Kräfte, die sich zu einer wahrhaft nationalen Auffassung in Politik und Wirtschaft bekennen und die man in ununterbrochener Verbundenheit zurückführt, seit man, erst innerlich und dann auch äußerlich, die nationale Flagge in Deutschland herunterholte.“

Auch die „Kreuz-Zeitung“ warnt vor „neuen Experimenten“ und verlangt ausdrücklich, daß eine Regierung gebildet wird, die nicht nur ohne Sozialdemokratie arbeitet, sondern sie direkt bekämpft. Unbedingt muß nach ihrer Auffassung dem Konflikt mit Bayern ein Ende gemacht werden.

„Die sozialdemokratische und demokratische Auffassung, daß Bayern auf den Verfall des Reiches hinarbeite, muß endlich der richtigen Auffassung Platz machen, daß eine Lösung vor heraufschwebenden Konflikte der Reichsregierung mit den Ländern nur denkbar ist mit Bayern und nicht gegen Bayern. Nur eine solche Regierung ist möglich, die eine dauerhafte Brücke zu dem größten süddeutschen Staate schlagen kann. Aus diesem Grunde ist auch nur ein solches Reichskabinett möglich, dem es gelingt, das Vertrauen in Bayern zu erwerben. Wenn etwa Dr. Stresemann eine bürgerliche Regierung vorschweben sollte, die wieder zwischen zwei Schäften liegt und die zwischen Sachsen und Bayern hin und her schwankt, so ist sie von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt.“

Nicht viel anders denkt ganz offensichtlich die „D. A. Z.“. In der Formulierung bleibt sie etwas vorsichtiger, wie überhaup in manchen Stellen bei den Rechtsparteien eine gewisse Beserve und Vorsicht taktischer Art zu bemerken ist. Man will offenbar das Gelände erst richtig sondieren, man hat aus früheren Vorgängen gelernt und möchte sich nicht gern einem neuen Mißerfolge ausgesetzt sehen. Die „D. A. Z.“ ist deswegen der Meinung, daß Neuwahlen unvermeidlich seien, eine Auffassung, die etwas merkwürdig anmutet, wenn gleichzeitig das Stimmorgan versichert, man müsse sich unbedingt vom Parteiwesen losmachen. Schon deswegen, weil auch die Deutschnationalen das fordern.

„Unseres Wissens sind die Deutschnationalen noch wie vor nicht geneigt, in ein Kabinett einzutreten, das sich auf Grund des parlamentarischen Systems aus Vertretern der Reichstagsparteien (auch wenn es nur die bürgerlichen sind), zusammensetzt; sie dürften vielmehr an dem von Dr. Hergt aufgestellten Programm festhalten, daß die neue Regierung sich auf die stärksten Schichten im Volk — die Landwirtschaft, die Industrie und die nationalen Gewerkschaften — stützen soll. Der Grundgedanke ist zweifellos richtig. Wenn Dr. Stresemann sich nicht ganz von dem Parteiwesen loszulösen vermag, wird er die absolut notwendige Sammlung aller nationalen und wirtschaftlich starken Volksschichten nicht vollziehen können.“

Wer mit den wirtschaftlich starken Schichten gemeint ist, bedarf ja keiner Erläuterung. Herr Minoug, der Generalbevollmächtigte des Herrn Stinnes, sitzt von der „D. A. Z.“ nicht so weit entfernt. Die Frage wird nur die sein, ob die bürgerlichen Parteien diesen Weg zu gehen versuchen werden. Die Demokraten versichern, daß sie nicht daran denken. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt wenigstens heute morgen:

„Es darf wohl als selbstverständlich gelten, daß die demokratische Fraktion einen Rechtsabmarsch des Kabinetts oder eine Verbreiterung der Koalition nach rechts nicht mitmachen und daß die Fraktion nur dann in der Koalition verbleiben kann, wenn der Charakter des Kabinetts als einer Koalition der verfassungstreuen Mitte auch in den Personen der neu zu ernennenden Minister völlig unzweideutig zum Ausdruck kommt.“

Der „Demokratische Zeitungsdienst“, mit dem sich das „Tageblatt“ ausdrücklich identifiziert, geht in der Sache sogar noch weiter. Danach wird es überhaupt unverständlich, daß die demokratischen Minister es zum Austritt der Sozialdemokratie haben kommen lassen. Denn über die Forderungen der Sozialdemokratie heißt es dort ausdrücklich:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gelangte zu Beschlüssen, die an sich etwas Selbstverständliches sind. Gerade auch von demokratischer Seite ist verlangt worden, daß die Reichsautorität Bayern gegenüber unbedingbar zur Geltung gebracht wird. Die Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in einen zivilen war die Forderung der Ministerpräsidenten der deutschen Länder. Der Reichskanzler hat seinerzeit dieser Forderung nicht widersprochen. Er entließ die Ministerpräsidenten in dem Glauben und in der Annahme, daß jene Umwandlung bald erfolgen werde.“

Die Sozialdemokratische Partei hatte ihre Voraussetzungen keineswegs als Ultimatum formuliert. Natürlich wollte die Fraktion bald wissen, woran sie ist. Die Rechtspresse hat es außerordentlich geschickt verstanden, die Voraussetzungen der Sozialdemokratie als Ultimatum aufzutreiben, und von Pommern bis Bayern schallt es wieder einmal: Stresemann soll sich dem Terror der Margiten beugen! Die Hoffnung aller Rückwärtler und aller offenen und verkappten Feinde der deutschen Republik ist ein bürgerliches Rechtskabinett. Man würde sich in einem solchen Kabinett auch die Demokratische Partei als Feigenblatt zunächst gefallen lassen. Jedermann aber, der die Naturgeschichte der deutschen Monarchisten kennt, der weiß, daß es sich hier nur um einen Uebergang zum alten Rechtsstaat mit allen innen- und außenpolitischen Konsequenzen handeln würde. Vielleicht wäre es möglich, Bayern dadurch einem Reiche zu erhalten, das wieder ein Bundesstaat wäre. Aber die Folgen wären furchtbar. Rhein und Ruhr gingen uns dann sicher verloren. Der Franzose schob seinen Außenposten nach Hannover vor und die Reichszersplitterung würde ihren Fortgang nehmen. Das gealterte Reichsgefüge wäre sicher nicht imstande, die verlorenen Außenposten wieder zu gewinnen.“

Wenn man die Folgen so klar vorausah, dann dürfte man es nicht zu dem Bruch kommen lassen, um so mehr, wenn das „Tageblatt“ selber schreibt, daß die Auffassung des Kabinetts, wonach die Lösung von der Sozialdemokratie eine Erleichterung gegenüber dem bayerischen Gefahrenherd bedeute, in weiten demokratischen Kreisen nicht geteilt werde. Die bürgerlichen Parteien der Mitte wissen sehr gut, welche außen- und innenpolitischen Konsequenzen die Rechtsparteien im Auge haben. Sie kennen die Folgen dieser Politik für Rhein und Ruhr, sie müssen wissen, ob bei solchen Perspektiven der Wiederaufstieg zu nationaler Macht, von dem die Rechtspresse so sehr, möglich ist. Aber es gibt in Deutschland nicht nur eine „Naturgeschichte der deutschen Monarchisten“, es gibt auch eine Naturgeschichte des deutschen Völkertums. Schwäche, Hohlheit und Unentschlossenheit haben die Politik der bürgerlichen Parteien gekennzeichnet. Ohne eine lange

Dollar amtlich 420.

Die Nachricht, daß die Mark gestern in New York bis zu einer Dollarparität von 1 Billion 850 Milliarden gesunken sei, wirkte in Berliner Finanzkreisen wie eine Bombe. Da in der vergangenen Nacht durch die bereits verdienstliche Verordnung der Freiwertkehr in Goldanleihe verboten wurde, so fand heute an der Berliner Börse ein Verkehr in diesem Papier ebenso wie in Dollarobligationen und Devisen nur zum amtlichen Kurs statt. Im Devisenverkehr ging es verhältnismäßig ruhig zu. Die Reichsbank hält an ihrer bisherigen Politik fest. Es wurde auf alle ausländischen Zahlungsmittel nur 5 Proz. zugewiesen. Amtlich notierten Kabel New York 420, London 1900, Holland 165 Milliarden. Im Zusammenhang mit den starken Kurssteigerungen ist eine Verteilung der Geldmarkttage eingetroffen. Der gestrige Satz von 2 1/2 bis 3 Proz. läßt sich ungefähr verdoppeln. Die Situation wurde dadurch verschärft, daß die Reichsbank gerade heute größere Beträge der in letzter Zeit verlaufenen Goldanleihe an die Banken lieferte, so daß nun endlich Zahlung geleistet werden mußte.

freibeitliche politische Tradition, glaubten und glauben sie im Innern die unvermeidliche steuerliche Belastung vermeiden zu können und wollten sie nach außen hin einer eindeutigen Politik ausweichen. Die Schwierigkeiten, die sich der Regierung in den Weg stellten, entsprangen nicht aus der Beteiligung der Sozialdemokratie, sie entstanden aus der deutschen Situation und aus dem mangelnden Willen der bürgerlichen Parteien, aus dieser Situation die inneren und äußeren Konsequenzen zu ziehen. Gar zu bald wird sich zeigen, daß für das Deutsche Reich es auch ohne Sozialdemokratie keine andere Politik geben kann als die, die die Sozialdemokratie innen- und außenpolitisch verlangt hat. Ohne die Besiegung der Widerstände, die sich dieser Politik entgegenstellen, ist der Wiederaufstieg Deutschlands unmöglich. Die Illusionen, in die man sich in manchen Kreisen jetzt wiegt, dürften nur gar zu bald sich als Trug erweisen.“

Kampf um die Sachverständigenkonferenz.

London, 3. November. (W.T.B.) Reuter meldet aus Washington: Im Weißen Hause wurde im Namen des Präsidenten erklärt, der ursprüngliche Plan zur Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands habe die vollständige umfassende Prüfung der Frage vorsehen. Falls Einschränkungen erfolgen sollten, die nach Ansicht der amerikanischen amtlichen Stellen keine Hoffnung auf gute Ergebnisse eröffnen würden, so würde wahrscheinlich einer amerikanischen Teilnahme nur mit der ausdrücklichen Erklärung zugestimmt werden, daß die Washingtoner Regierung von Anfang an der Ansicht sei, daß die Bemühungen, die Reparationsfrage in dieser Weise zu regeln, aussichtslos wären.

Im Weißen Hause wurde ferner mitgeteilt, daß kein Mitglied des Kabinetts als amerikanischer Vertreter in den Ausschuß für die Reparationsfrage entsandt werden wird, da es für ein Kabinettsmitglied schwierig sei, seinen Posten in Washington zu verlassen. Diese Mitteilung erregt danach den Bericht, daß Mellon und Hoover gewählt werden sollen.

Englisch-belgisches Einvernehmen.

Brüssel, 3. November. (T.U.) Wie der Brüsseler Korrespondent des „Deure“ mitteilt, haben die Belgier den von England vorgeschlagenen Text einer Einladung an Amerika zur Teilnahme an dem geplanten Sachverständigenausschuss, von geringen Einzelheiten abgesehen, angenommen. Der englische Gesandte Sir George Graham erklärte gestern früh Herrn Jaspars, daß das englische Kabinett sich mit den von Brüssel getroffenen Abänderungen des Wortlauts einverstanden erklärt. Im Hinblick auf die Forderung Poincarés, wonach nur die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit des Reiches ermittelt werden müsse, betonen die belgischen Kreise, daß die jetzige Zahlungsfähigkeit Deutschlands nahezu null sei, doch pflichten sie der Auffassung Poincarés bei, daß die künftige Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht zu ermitteln sei. Sie fügen hinzu, daß die Schwierigkeiten sich vielmehr in der Art umgehen lassen, daß das Kapital des Reiches eingeschätzt und dann ausfindig gemacht werde, welche Einkünfte dieses Kapital unter der Verwaltung der Verbündeten zum Zwecke der Wiedergutmachung abwerfen könne. Diese Methode habe ferner den Vorteil, daß sie die Ansicht, die von Deutschland benützt werde, begünstige. Doch haben die alliierten Botschafter in dieser Frage noch keine definitive Anweisung erhalten, da die interalliierten Besprechungen über das nach Washington zu sendende Telegramm noch nicht zum Abschluß gelangt sind.

Die französische Antwort.

London, 3. November. (W.T.B.) Reuter berichtet, daß die französische Antwort auf die britische Note vom 31. Oktober, die einen Entwurf einer Einladung an die Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Reparationskonferenz vorschlug, jetzt in London eingetroffen ist. Wie bereits mitgeteilt worden sei, bestche Poincaré darauf, daß der Untersuchungsausschuss nur die augenblickliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands untersuchen solle. Ein weiterer Meinungsaustausch über diesen Punkt findet augenblicklich statt. Die britische Ansicht sei, wie verlautet, daß die Bedingungen Poincarés in hohem Maße die Arbeiten des Ausschusses zu behindern würden, da liberall zugewiesen werde, daß die augenblickliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands gleich null sei. Man sei der Auffassung, daß die belgische Regierung in hohem Maße die Ansichten der britischen Regierung in diesem Punkte teile. Es werde gehofft, daß diese Frage im Laufe des augenblicklichen Meinungsaustausches geklärt werde, damit die alliierte Einladung an die Vereinigten Staaten vor Beginn der nächsten Woche abgesandt werden könne.

Kriegsschuldebatten in Frankreich. Auf dem Jahreskongress der französischen Liga für Menschenrechte kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Kriegsschuldforderung. Der frühere kommunistische Rechtsanwalt Oskar Bloch warf dem Vorstand vor, er habe sein Versprechen vom vorigen Kongress, die Frage der Verantwortlichkeit durch einen Ausschuss ernstlich prüfen zu lassen, aus Angst vor Poincaré nicht erfüllt. Die Entscheidung wurde auf Sonnabend vertagt, wo auch das Ruhrproblem und die Reparationsfrage behandelt werden sollen.

Das geplante „Vorwärts“-Verbot.

Die Korrespondenz Sochaczewski veröffentlichte gestern einen Bericht über einen den „Vorwärts“ berührenden Vorfall, der am vorigen Mittwoch in parlamentarischen Kreisen lebhaft erörtert wurde. Der Bericht lautet:

Der „Vorwärts“ hatte sich in seiner Nr. 510 vom 31. Oktober mit der Antwort des bayerischen Ministerrates an die Reichsregierung und besonders mit dem letzten Teil der amtlichen Erklärung beschäftigt, in der Bayern eine Aenderung im Oberbefehl des bayerischen Teiles der Reichswehr als untragbar ablehnte. Im Schluß seiner Ausführungen hieß es:

„Und schließlich wäre die Reichswehr des Generals v. Seede auch dazu da, gegen meuternde Generale und verfassungstüchtige Regierungen vorzugehen. Ist sie dazu nicht imstande, dann mag sie zum Teufel gehen mit samt ihrer Musik.“

Dieser letzte Satz gab dem Reichswehrministerium Anlaß zu Beanstandungen, und es war beabsichtigt, den „Vorwärts“ wegen des in Frage kommenden Artikels zu verbieten. Diese beabsichtigte Maßnahme gelangte jedoch zur Kenntnis des Reichszensors Stresemann, der damals vermittelnd eingriff und erreichte, daß Reichswehrminister Dr. Geßler der Redaktion des „Vorwärts“ nahelegte, bezüglich des beanstandeten Artikels eine genau formulierte Erklärung abzugeben. Die Redaktion des „Vorwärts“ hat sich nicht entschließen können, diese Forderung des Reichswehrministeriums beziehungsweise des Wehrkreis-Kommandos zu erfüllen. Ein Verbot des „Vorwärts“ ist bisher nicht erfolgt, doch sind, wie wir aus dem Reichswehrministerium hören, über diese Angelegenheit die Besprechungen noch nicht abgeschlossen.

Wir hatten bisher aus naheliegenden Gründen zu dieser Angelegenheit nicht Stellung genommen, sondern hatten es vorgezogen, den weiteren Verlauf der Dinge ruhig abzuwarten. Nachdem nun einmal durch diesen Korrespondenz-Bericht der Vorfall in die Öffentlichkeit gelangt ist, sehen wir uns genötigt, aus eigener Kenntnis der Dinge die obigen Mitteilungen wie folgt zu berichtigen bzw. zu ergänzen:

Tatsächlich trug sich das Reichswehrministerium mit dem Gedanken, den „Vorwärts“ zu verbieten, nicht aber wegen der oben angeführten Sätze, sondern wegen des am Tage zuvor erschienenen Artikels, in dem die militärischen Ergebnisse von Dresden mit denen von Zabern verglichen wurden. Ob auch jener zweite Artikel das Reichswehrministerium in seiner Verbotsabsicht bekräftigt hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Daß die „Vorwärts“-Redaktion sich zur Abgabe einer Erklärung „nicht entschließen“ konnte, trifft insofern zu, als dieses Ansuchen von ihr selbstverständlich sofort und eindeutig abgelehnt wurde. Das vermittelnde Eingreifen des Reichszensors erfolgte aus freien Stücken, ohne jedes Zutun der „Vorwärts“-Redaktion, nachdem die verlangte Erklärung abgelehnt worden war.

Mark und Goldanleihe.

Die Eco-Korrespondenz meldet: Das Reichskabinett hat jenen beschlossenen die Papiermark in eine feste Relation zu den wertbeständigen Zahlungsmitteln zu bringen, zu der sie zu einem bestimmten Termin eingelöst wird. Von den wertbeständigen Zahlungsmitteln ist die Goldanleihe in Aussicht genommen. Ueber die Höhe der Relation und die näheren Einzelheiten steht im Augenblick endgültiges noch nicht fest. Jedoch steht ein endgültiger Beschluß unmittelbar bevor.

Gegen den Goldanleihe-Skandal.

Eine Verordnung gegen die Kurdstreiber.

Die unsinnige Kurdstreiber der Goldanleihe im freien Verkehr der Berliner Börse hat die Reichsregierung zu einer Verordnung veranlaßt, der von jetzt ab die Goldanleihe den Devisen gleichgestellt und ihren Handel nur zu einem Einheitskurs zuläßt. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Ueber die Bedingungen, zu denen Goldanleihe bei Warengeschäften zu verwenden ist, sagt die Verordnung:

Eröffnung des Schauspielertheater.

Eduard II. von Christoper Marlome.

Gerade vor einem Jahre standen die Berliner Schauspieler im Streit. Als sie mit den Direktoren Frieden schlossen, blieben einige Enttäuschte unverzöhlich. Ihnen genügte nicht, was etwas reichlicher, aber noch immer spärlich genug in ihre Taschen floß. Sie wollten Theater spielen, ohne daß der Direktor ständig auf den Kassenrapport schielte, Theater spielen, damit das Ideal des Komödianten erfüllt werde und auch die Sehnsucht des Dichters nicht leer ausgehe. Das Theater der Schauspieler wurde von diesen Unverzagten gegründet. Es lebte sich zunächst in der wilden „Räuber“-Vorstellung aus, die während des Hochsommers Kunstfreunde fesselte. Nun sollen all diese Träume geordnet und zusammengefaßt werden. Grönach, George, Fr. Bergner, der junge Dr. Lehner, Karl Ellinger, Ernst Deutsch — sie bildeten das Bündnis. Sie gründeten das Schauspielhaus, das ihnen allein gehört, in dem es nur Gleichberechtigte geben soll. Sie mieteten sich im alten Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater ein. Man erzählt, daß ein leidenschaftlicher Wettwerb um die kleinen Rollen stattgefunden hat, als Karl Heinz Martin das erste Stück, die schauerliche englische Königstragödie, besetzte. Es herrschte also ein guter Geist. Jeder will sich ganz freiwillig der Gesamtheit unterwerfen. Keiner will sein Temperament aufdominieren. Das Schauspielertheater darf kein Komödiantentheater werden. Gutes Omen!

Jedoch — über das Ideal hinaus sind mehrere Wirklichkeiten zu erwägen. Schauspieler sind nicht nur Kullenkünstler, nicht nur Kollentänzer, sondern auch Geisteskräfte. Da ist die erste und wichtigste Frage nach dem Repertoire zu lösen. Die Frage kann sicher von den Schauspielern allein gar nicht gelöst werden. Solch Schauspielertheater braucht dramaturgische Köpfe, die eigentlich Kullensfreunde sein sollten. Es klingt seltsam, und es ist doch so: Köpfe sind notwendig, die an das Theater unserer Tage denken, an das Theater der Republik, an das Theater der Demokraten. Bei diesen Köpfen muß mehr vorhanden sein als Geschmack oder einige Kenntnis der Literaturgeschichte.

Nun, der Anfang zeigte den Fortschritt. Selbst die feinsten Stimmung rechtfertigte nicht dieses kaum feststehende Literatenexperiment, das auf Christoper Marlome abzielte, den radikalsten der Vorarbeiter Shakespeares, den Wanderer durch Blut und Scham, den Stürmer und Dränger und Sauftosch und in Würdigung fürchtbar auquellenden Spektakelschreiber, den die Lebenloderei niederschmeißt und zugleich aufpeitscht. In Marlome war wohl Kraft, aber unsere Nerven fühlen sich nicht mehr zu diesem Boxerturn heron. Eduard II. ist höchstens geschichtspolitisch interessant. Was daran an Päderasterie und Politik geschieht, domert nur hoch in die Empfindung. Es wurde von Alfred Walter Heymel verdeutschet und in eine ganz

Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reichs darf als Kaufpreis für Waren oder Wertpapiere nur zum letzten amtl. in Berlin notierten Kurse des Tages des Geschäftsabchlusses abgegeben und angenommen werden, und zwar zum Gold- oder Briefkurse oder einem dazwischenliegenden Kurse.

Bei Preisfeststellung in einer ausländischen Währung oder in Goldmark kann die Hingabe oder Annahme auch mit der Maßgabe erfolgen, daß die Zahlung der Goldmark oder des auf Dollar umgerechneten Betrages der ausländischen Währung in wertbeständiger Anleihe des Deutschen Reichs zum Nennwert erfolgt. Die Einräumung eines Preisabschlages für den Fall der Zahlung in wertbeständiger Anleihe des Deutschen Reichs bleibt unberührt.

Die Verordnung ist durchaus zu begrüßen, obwohl sie reichlich spät kommt. Inzwischen haben Banken und sonstige Hamsterer sich die verausgabten Goldanleihehefte zu eigen gemacht. Angestellte und Arbeiter aber sollen vom 8. bzw. 9. November ab ein Zehntel ihres Einkommens in wertbeständigem Gelde erhalten. Wir zweifeln sehr, ob auch nur dieses Zehntel bis dahin noch aufzutreiben sein wird.

Unser Weg.

Wider den Putschismus.

Es war im März 1921, als verbrecherischer Wahnsinn Tausende deutscher Arbeiter in bewaffnete Kämpfe hineintrief und über unzählige Arbeiterfamilien Elend über Elend brachte. Geschichte und Methoden des mitteldeutschen Aufstandes sind zur Genüge bekannt geworden. Alle Ableugnungsversuche der kommunistischen Zentrale haben nicht verhindern können, daß bis in die Einzelheiten hinein die Wahrheit über diese Kämpfe bekannt geworden ist. Sie entsprangen der typisch-putschistischen kommunistischen Vorstellung von den Kämpfen der Vorhut, von der Eroberung der Staatsgewalt durch bewaffnete Erhebungen auch gegen die demokratische Republik. Paul Levi hat damals schärfer als jeder andere das Verbrechen dieser Märzaktion geheißen, die er als den größten Bakunistenputsch bezeichnete. In seinen eigenen Reihen wütend angegriffen, weil seine Kritik ein „Dolchstoß“ gegen die gefallenen Arbeiter und eine Unterstützung der Reaktion sei, erwiderte er gelassen und, wie uns scheinen will, mit Recht, daß wichtiger sei, die richtige Lehre aus der Katastrophe dieser Tage zu ziehen.

Im Oktober 1923 versuchten die Kommunisten erneut, angesichts des Vorstoßes der bayerischen Reaktion, Sonderaktionen auf eigene Faust zu entfesseln. Kuriers der kommunistischen Zentrale eilen durch das Land. Parolen überstürzen sich. Auf Orber folgt Gegenorber und das vollständige Durcheinander löst unzähligen Arbeitern das Leben! Wieder steht die proletarische Kritik an diesem Verbrechen ein. Der Nachweis, daß die Verspätung eines kommunistischen Kuriers Schuld an den grauenhaften Hamburger Kämpfen ist, muß zur Genüge den verbrecherischen Putschismus enthüllen, der heute wie vor zwei Jahren die Stellung der Arbeiterschaft aufs schwerste zu untergraben droht, die Reaktion stärkt, und ihr die schwankestenden Gestalten aus den Reihen des Bürgeriums zutreibt.

Doch die Zeiten scheinen sich geändert zu haben. 1921 ging Paul Levi nach dem Märzputsch von der kommunistischen Partei weg und sein „Weg wider den Putschismus“ führte ihn zur Sozialdemokratie. 1923 veröffentlichte die von ihm herausgegebene Korrespondenz „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ einen Artikel, der, über die politische Seite vorsichtig hinwegweisend, tatsächlich eine Verherrlichung der Hamburger Kämpfe darstellte! Wohin soll der Weg jetzt gehen? Zurück zum Putschismus?

Ludendorff und der Chinese.

Von einem sonderbaren „Empfang“ berichtet mit erster Miene die Schwerindustrie „Telunion“ aus der guten Stadt München:

Am Freitag wurde der General Wu-hung-schung mit zwei Herren seines Gefolges vom General Ludendorff feierlich empfangen. Der chinesische Heerführer ist als Abgesandter des Generals Chi, der zurzeit die tatsächliche Macht in China in Händen hat, zu Studienzwecken nach Deutschland gefandt. Im besonderen wollte er dem deutschen Heerführer im Weltkriege, General

und dramatische Rede verwandelt. Man hörte alles in allem nur ein Seminarstück, in dem einige gutgehämmerie Sentenzen zum großmächtigen und großmächtigen Königtum stehen. Das Bekenntnis, das im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater gesprochen werde, darf jedoch niemals das Heiligum einer Reichstammer behaupten.

Da alle Schauspieler einem mythischen Handschlag, einem Treuewort und einer prächtigen Abkist verschworen sind, werde gar nicht erst geprüft, wer im einzelnen diesen besonderen Spektakel traf oder versetzte. Ja, es war ein Spektakelstück für Marlome notwendig, wenn auch die Trompete eine Dämpfung verlangt hätte. Es war aber eher gute Rednerfähigkeiten nötig als die ungeheure Reklamebegeisterung, die aus manchen Schauspielern donnerte. Die Gesellen des Schauspielertheater müssen erst den Festtagslärm verdrängen lassen, damit hörbar wird, mit welchem Herzen und mit welchem Talent sie zum Theater unserer Tage, zu dem feierlichen und auch zu dem alltäglichen, gehören. Ray Hochdorf.

Dom hungern. Seitdem Balzac, der große Herr der modernen Realismus, das Geld und keine dämonische Macht in die Literatur eingeführt hat, ist auch dem Hunger, als Folge des Geldmangels, Bürgerrecht im literarischen Schrifttum zugesprochen worden. Freilich — die praktische Betätigung des Hungers war den Schriftstellern zu keiner Zeit verwehrt; sofern er nicht klug genug war, um nach dem Willen des jeweiligen Nachhabers zu schreiben, konnte er die Symptome des Hungers am eigenen Leibe studieren. Heute ist aber das Hungern nicht mehr der Hammer einzelner Personen, man kann sagen, daß große Volkstheater hungern. Hungern — wenn auch nicht gerade verhungern, wie es in früheren Zeiten der Fall gewesen ist, und wie wir es vor kurzem noch in Rußlands weiten Gefilden beobachten konnten. Stolz melden das Konversationslexikon und ähnliche Kulturdokumente, daß in unserer aufgedrehten Zeit Hungerröte in Wohlstandsländern nicht mehr denkbar sind; höchstens China mit seinen unwirtlichen Steppen sei noch der Nährboden für diese Menschheitspest. Die Gegenwart hat uns eines Besseren belehrt: wenn auch die Leute nicht zu Tausenden verhungern, so hungern doch Hunderttausende und geraten in jenen Zustand der Unterernährung, der für die Verkürzung des menschlichen Lebens nur zu günstig ist.

Nun gibt es bekanntlich Fanatiker, die das Essen als etwas Ueberflüssiges bezeichnen, die ein Stück Brot und Wasser für genügende Nahrung ansehen. Sie berufen sich gern auf jene „Hungerkünstler“, die vier Wochen bis vierzig Tage zugebracht haben ohne Nahrung, nur von Wasser lebend. Gewiß ist ein solches Vegetieren möglich, und man hat auch moderne Kurven, die mit einer Hungerrät beginnen, wobei es sich aber meist um überfütterte Körper handelt. Aber was für einen Entree-Hungerkünstler und für einen Patienten sich schickt, ist noch nicht das Richtige für einen Menschen, der arbeiten soll. Dazu bedarf es eines kräftigen Körpers, und diese Kraft kann er nur durch Zufuhr von Nahrungsmitteln gewinnen, ganz gleich, ob sie tierischen oder pflanzlichen Ursprungs sind. Das Raub der Zufuhr ist verschieden; ein derbes pommerches

Ludendorff, Bewunderung und Verehrung zum Ausdruck bringen. Der chinesische General erklärte, daß China und Deutschland daselbe Schicksal wackelnd, in sich uneiniger Völker haben. In den beiden großen Ländern könne es erst besser werden, wenn die Völker den Macht- und den nationalen Einigungsgeanken in seiner ganzen schicksalsschweren Bedeutung begriffen hätten. Das Deutschland vor dem Kriege, das starke große einige Deutschland, wäre für China ein leuchtendes Vorbild.

Wir vermessen in dem Bericht, daß der chinesische General nicht nur Ludendorff, sondern auch dem Meuterergeneral v. Loffow seine „Bewunderung und Verehrung“ ausgesprochen hat. Denn die Rebellion Loffows entspricht durchaus der Praxis der chinesischen Generale, die sich bald hier, bald dort gegen die Zentralregierung auflehnen, um irgendetwas ehrgeizigen Diktator den Weg zur Macht zu ebnen. In China ist es auf diese Weise dem General Chi gelungen, die Macht in einem Teile des Landes an sich zu reißen. In Deutschland wartet General Ludendorff fehnfüchtig auf die Stunde, wo er wieder — um sechs Uhr früh zufällig am Brandenburger Tor vorübergehen darf. . . .

Todesopfer in Chemnitz.

Eine gestörte Konferenz der Parteifunktionäre.

Dresden, 3. November. (Eigener Drahtbericht.) Bei dem Einmarsch der Reichswehr in Chemnitz und Zwickau haben sich erste Zwischenfälle ereignet. Zahlreiche Verhaftungen auch von Parteigenossen wurden vorgenommen. Bei den Schieberien in Chemnitz ist ein Arbeiter getötet, einer schwer verwundet worden. In Chemnitz finden zurzeit Verhandlungen der Epigenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt über einmalige Befristung von Maßregelungen.

Gestern Abend fand eine Konferenz der Parteifunktionäre, Betriebsvertragsleute und Betriebsräte der RSPD. Groß-Dresdens statt, in der Landtagsabgeordneter Genosse Arzt über die Ereignisse der letzten 14 Tage sprach. Die Versammlung nahm einen außerordentlich stürmischen Verlauf, als der Konflikt zwischen der Landtagsfraktion und den Landesinstanzen besprochen wurde. Während des Vortrages wurde bekannt, daß die polizeiliche Genehmigung der Besammlung vom Wehrkreis-Kommando zurückgezogen worden war. Genosse Arzt schloß daraufhin seinen Vortrag unter lebhaftester Zustimmung der Versammlung mit einem warmen Appell an die Parteigenossen, treu zur Partei zu stehen. Zum Schluß wurden zwei Entschlüsse angenommen. In der ersten wird der Vorstand des Bezirks Ost-Sachsen beauftragt, alsbald einen Landesparteitag einzuberufen, in der zweiten Entschlußung wird gefordert, daß Genosse Dittmann eingeladen wird, vor den Dresdener Funktionären der Partei über die Stellung des Berliner Parteivorstandes zu Sachsen zu sprechen.

Haftbefehl gegen Brandler.

Dresden, 1. November. (Eigener Drahtbericht.) Vom Amtsgericht Dresden ist gegen den bisherigen kommunistischen Ministerialdirektor Brandler Haftbefehl erlassen worden.

Zum Lohnabzug. Die Differenz in den Ausgaben des „Vorwärts“ vom Freitag Abend und heute früh beruht nicht, wie einige Leher annehmen, auf einem Irrtum, sondern darauf, daß gestern die Verhältniszahl von 15 000 auf 20 000 erhöht wurde. Die heutige Meldung ist also als die zurecht letzte auch die richtige.

Eine Denkschrift über die deutschen Reparationen. Das Völkerbundsekretariat in Genf veröffentlicht eine ausführliche Denkschrift über die gesamte Lage von 40 Staaten, mit einer Sonderabhandlung über die deutschen Reparationsverpflichtungen und die bereits von Deutschland ausgeführten Zahlungen auf Grund der Aufstellung der Reparationskommission. Es handelt sich um den dritten Band einer auf Grund der Beschlüsse der Brüsseler Finanzkonferenz zusammengestellten Veröffentlichungsfolge. Eine Mitteilung des Völkerbundsekretariats begründet die Veröffentlichung damit, daß diese Frage gegenwärtig Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit ist.

Ein vorgefälschter Menschenfund in Kalifornien. Die Expedition des Smithsonian Instituts in Südkalifornien hat, wie aus New York berichtet wird, bei Santa Barbara eine außerordentlich wichtige anthropologische Entdeckung gemacht, die auf die Entwicklung der Menschenträfte in der Urzeit neues Licht wirft. Es wurden zwei Schädel gefunden, die einer Menschenrasse angehören, die weit älter sein soll als der Neanderthaler und bereits eine sehr viel höhere Kultur besaß als dieser vorgefälschte Typus. Die Schädel zeigen sehr primitive Formen, besonders in der niedrigen Stirnbildung und der starken Vorwölbung der oberen Knochen der Augenhöhlen. Die Wundhöhlen sind größer als bei irgendeinem anderen bisher gefundenen Menschentypus. Die durchschnittliche Dicke der Schädelknochen ist mehr als zweimal soviel wie die der Indianer, die in diesem Gebiet vor 1000 Jahren begraben wurden und bisher als die Ureinwohner galten. Mit den Schädeln zusammen wurden große Werkzeuge gefunden: Keulen, Angelhaken und andere Gegenstände, deren Zweck noch nicht aufgeklärt ist. P. D.

Deutsches Insulin. Das neue Mittel gegen die Zuckerkrankheit, Insulin, dessen Entdeckung so großes Aufsehen erregt hat, wird nunmehr auch in Deutschland hergestellt. Wie in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, haben die Bayerischen Pharmazentralwerke ein Insulinpräparat in den Handel gebracht, das von dem für Deutschland eingesetzten Insulin-Komitee geprüft und für vollwertig befunden worden ist. Bis ausreichende Vorräte zur Verfügung der deutschen Ärzteschaft vorhanden sind, wird dieses Präparat nur an Kliniken und größere Krankenanstalten abgegeben.

Erkennung eines schwedischen Gelehrten. Die philologische Fakultät der Berliner Universität hat den Reichsminister Dr. Collin, den bekannten schwedischen Historiker, zum Ehrenbürger promoviert. Deutschland verbannt ihm die großen Sendungen schwedischer Bücher der letzten Jahre.

Politische Agitations-Kelch. Die von der Sozialregierung eingeleitete staatliche Agitation zur Herstellung von Bällen und Weibchen hat an 500 Relief Bildnisse kommunistischer Führer wie Lenin, Trotzki, Liebknecht, Rosa Luxemburg u. a. nach Deutschland exportiert; diese werden im Reichslandsbericht als „Agitations-Kelch“ bezeichnet.

Stresemann gegen Poincaré.

London, 8. November. (W.B.) Die „Times“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Berichterstatters mit dem Reichskanzler Dr. Stresemann, in der dieser eingehend die schweren Vorwürfe, die Poincaré vorgestern in seiner Rede in Revers gegen die deutsche Politik gerichtet hatte, zurückwies. Der Kanzler erklärte dem Korrespondenten:

Die Behauptung des französischen Ministerpräsidenten ist nicht richtig, daß Frankreich keine territorialen Vorteile in Europa aus dem Kriege gezogen hat. Durch die Wiedereingliederung Elsaß-Lothringens mit seinem ungeheuren Reichtum an Erzen und Koll, seiner hochentwickelten Eisen- und Stahlindustrie und seiner Textilindustrie hat sich die wirtschaftliche Kraft Frankreichs außerordentlich gestärkt — allein die Möglichkeit der Eisen- und Stahlherzeugung Frankreichs ist gegenüber 1914 auf das Doppelte gestiegen. Auch sonst hat Frankreich — ich brauche nur an Oberschlesien und das Saargebiet zu erinnern — seine wirtschaftliche Machtstellung ausgedehnt.

Deutschland hat nichts unversucht gelassen, um der Kapitalflucht ins Ausland zu steuern, und ich selbst habe erst kürzlich erklärt und wiederhole es jetzt, daß ich nichts mehr wünsche, als das im Ausland befindliche Vermögen bis auf den letzten Pfennig für Staatszwecke heranzuziehen. Leider sind die verschiedenen Versuche, die zur Erfassung der im Ausland befindlichen, übrigens in ihrer Höhe wohl sehr überschätzten Kapitalien gemacht wurden, bislang vergeblich gewesen. Nicht nur wurden seinerzeit durch das Loch im Westen und später durch die Ruhrbesetzung die Möglichkeiten geschaffen, die es den deutschen Kapitalisten gestattet ins Ausland hinauszuströmen, sondern auch die in anderen Ländern ergriffenen Maßnahmen gegen die ins Ausland abgewanderten Kapitalien sind ergebnislos gewesen. Ich darf in dieser Hinsicht nur an die eigenen Erfahrungen Frankreichs erinnern, die es mit seinem Kapitalfluchtgesetz gemacht hat, dessen Bestimmungen doch unter ungleich günstigeren Bedingungen erlassen wurden; trotzdem mußte der französische Finanzminister Herr de Lasteyrie im Februar d. J. in der französischen Kammer erklären, daß nur auf der Grundlage internationaler Vereinbarungen wirksam.

Der französische Ministerpräsident hat dann wieder von dem angeblichen systematischen Bankrott Deutschlands erzählt, durch den wir uns unseren vertraglichen Verpflichtungen entziehen wollten. Sie wissen, was Deutschland geleistet hat, und wie wirklich die Verhältnisse liegen. Ich will daher auf Argumente verzichten, ich will nur die Meinung eines Landsmannes des Herrn Poincaré wiederholen, des Herrn Loucheur, der seinerzeit im „Comune Libre“ die Frage, ob er an einen abschließenden, vorbedachten Bankrott Deutschlands glaube, auf das bestimmteste verneint und hinzugefügt hat: „Wir müssen auf diese Legende eines betrügerischen Bankrotts des Reiches verzichten, den es zugunsten deutscher Privatpersonen gemacht haben soll. In Deutschland ist jedermann in Sorgen über den fürchterlichen Niedergang der Mark, der das Land verarmt, unaufhörlich die Lebenskosten steigert und den wirtschaftlichen Lohn der Arbeiter vermindert. Nein, Deutschland — so hat Herr Loucheur damals erklärt — ist kein blühendes Land, obwohl es keine Arbeitslosen hat, keine Prosperität ist nur eine Fassade, und wenn man nicht Abhilfe schafft, so geht es einem Untergang entgegen, zu dem wir uns nicht degünstig machen können.“ Seit diesen Worten des Herrn Loucheur hat sich die Situation noch weit mehr verschlechtert; wir haben eine furchtbare Arbeitslosigkeit, und die letzten Tage werden es Ihnen gezeigt haben, welches Interesse das ganze Volk daran hat, aus dem ständigen Niedergang der Mark herauszukommen und wieder eine feste monetarische Basis zu gewinnen.

Wenn Herr Poincaré seine Forderungen zuerst mit dem mangelnden Erfüllungswillen und jetzt mit dem weiteren Widerstand auch auf militärischem Gebiete zu rechtfertigen sucht, so steht er sich damit mit sich selbst im Widerspruch. Beide Behauptungen stehen mit den Tatsachen nicht im Einklang. Deutschland hat alles aufzubieten, um die stipulierten Geld- und Sachleistungen aufzubringen, aber die von allen Seiten anerkannte Unmöglichkeit der Aufbringung der von Frankreich geforderten Summen hat Deutschland veranlaßt, um ein Moratorium nachzusuchen. Jetzt soll die Festhaltung der Pfänder aber aus militärischen Gründen gerechtfertigt werden. Angeblich herrscht in Deutschland die „Schwarze Reichswehr“, die eine furchtbare Macht bedeuten soll. Unsere Reichswehr ist genau nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags ausgerüstet, und wenn Neuinstellungen vorgenommen worden sind, so konnte dies geschehen, weil die uns durch den Versailler Vertrag zugesandene Stärke von 100 000 Mann noch nicht erreicht war.

Die schweren wirtschaftlichen und politischen Krisen, die Sie in Deutschland beobachten, sind nicht eine Folge deutschen Verhaltens oder falscher Maßnahmen der Reichsregierung, sondern lediglich das Ergebnis der von der französischen Regierung gegen uns angewendeten Methoden. Läßt man uns im Ruhrgebiet und im Rheinland arbeiten, zwingt man unseren Landsteuern nicht gegen ihren ausdrücklich unzählige Male feierlich verkündeten Willen eine separatistische Bewegung auf, deren Führer auch von Ihrem Blatte als der größte Gefährde der Gegenwart gekennzeichnet worden sind, regelt man die Reparationsbedingungen so, daß Deutschland sie tragen kann, dann werden auch die Erschütterungen verschwinden, durch die jetzt die Existenz Deutschlands bedroht ist.

Die Ausführungen Poincarés in Revers, gegen die sich der Reichskanzler wendet, lauteten in ihren entscheidenden Stellen wie folgt:

„Wenn Deutschland heute das paradoxe Schauspiel eines ruinerten Staates bietet, in dem ein Teil der Bevölkerung zum Elend verurteilt ist, während der andere Teil in Wohlstand lebt, so ist das seine eigene Schuld. Das Land ist nicht verarmt, nur der Staat allgemein und seine Mittelschichten der Bevölkerung sind es. Deutschland ist reich geblieben. Es verfügt über ungeheure Reichtumsquellen, nur sind diese schändlicherweise in den Händen der Großindustriellen und der Großbanken vereinigt, die davon nichts dem Staat geben wollen und dieser Staat hat sie niemals ernst zur Erfüllung ihrer Pflicht gezwungen. Deshalb die scheinbare Notlage des Reiches und das Elend der intellektuellen Kreise, der kleinen Kaufleute, der Handwerker und der Arbeiter.“

Der deutsche Bauer ist nicht notleidend, er lebt sehr gut, er hat ein landwirtschaftliches Material, eine Ausrüstung und einen Viehbestand, die denen der französischen weit überlegen sind. Die Großgrundbesitzer haben sich bereichert, ebenso die Industriellen und die Kaufleute. Sie haben aus der Inflation ungeheure Gewinne gezogen und sie sind gleichzeitig die eifrigsten Vertreter des preussischen Militarismus.“

Daraus folgt, daß zum Unterschiede von den sozialistischen und demokratischen Kreisen der Bevölkerung die wirklich Reichen die Reparationen bezahlen könnten, aber sie nicht bezahlen wollen.“ Es wäre sehr gut gewesen, wenn sich Herr Stresemann auch zu diesen Ausführungen Poincarés geäußert hätte.

Auf Hungerposten.

Kürzlich wurden teils durch Zeitungen, teils durch Vertrauensleute die Kriegsbekleideten aufgefordert, sich einen Vorschub bei den Versorgungsämtern in der Papststraße abzuholen. Unter strömendem Regen fanden sich auch Tausende und aber Tausende der Unglücklichen dort ein. Wie sahen diese einst gesunden blühenden Männer aus! Alle naß, verzerrt, zerrissen, hohlig, verkrüppelt, hungrig. In den umfangreichen Höfen und nach Nummern benannten Gebäuden konnte man die große, unsagbare Armut und Niedergeschlagenheit beobachten und mitfühlen. Tausende versuchten ihre letzten Mittel mit der Elektrischen und der Eisenbahn. Aber Tausende wieder liefen mit schlechtem nassem Schuhwerk von allen weiterzweigenden Postämtern zu den entlegenen Versorgungsstellen. Und das alles, um endlich die schon lustrmäßig überholten Beträge abzugeben. Kann das nicht anders eingerichtet werden? Man muß anerkennen, daß die Beamten sich redlich Mühe geben, diese Unglücklichen gut zu behandeln, von ein paar Ausnahmen abgesehen. Dankbar anerkennen muß man auch das menschenfreundliche Verhalten einer Schlächterfrau oben an der Raghbachstraße, die sich der tausenden, erschöpften schwerverwundeten Krieger sehr angenommen hat. Hatte sie doch frische dampfende Wurst im Badensfenster, und Kriegsbekleideten, welche hungrig vordekamten und einen Vorschub noch nicht hatten, schenkte sie ein Stück warmer Wurst, die die Armen gierig und dankbar aufsaßen. So hat diese Frau für viele Milliarden Wurst verschenkt. Würden sich doch in dieser großen Volksnot alle Berufsgenossen dieser waderen Schlächterfrau an ihrem Verhalten ein Beispiel nehmen. Wie viel Not könnte da gelindert werden! Die oberste Leitung aber mühte doch wohl sofort Mittel und Wege finden, diese unglücklichen Opfer des Krieges einigermassen menschenwürdiger und prompter in allem behandeln zu lassen. Am besten geschähe das wohl, wenn alle Zahlungen sofort wertbeständig gemacht würden.

Fort aus Deutschland!

Anschwellen der deutschen Auswanderungsziffern.

Deutschlands Not wächst von Tag zu Tag. Es ist in unserem Lande wie in einer belagerten Festung. Der Dollarstand übt eine unsichtbare aber entsetzliche Blockade aus, die alles Leben erdrosselt. Das Gespinnst des Hungers geht in den Großstädten und in den Industriebezirken um. Auf dem Lande aber sind gefüllte Scheunen, deren Inhalt nicht in die Städte kommt, weil es dort nicht genügend Dollars gibt. Ein Zustand, der Wahnsinn ist und der das Leben in diesem Lande als unerträglich empfinden läßt. Tausende haben Deutschland verlassen, um sich eine neue Heimat zu suchen. Die Auswandererziffern haben daher seit dem Juli dieses Jahres einen Stand erreicht, wie sie seit einem Menschenalter nicht mehr zu verzeichnen waren.

Im ersten Halbjahre 1923 haben mehr als 40 000 Menschen (23 910 männlichen und 16 686 weiblichen Geschlechts) allein über deutsche und holländische Häfen die Heimat verlassen. Während im Januar ein Rückgang der Auswanderung beobachtet wurde, steht infolge der Ruhrbesetzung und der dadurch verschlechterten Wirtschaftslage ein außerordentlicher Drang in die Fremde ein und im Juni wurde zum ersten Male die Ziffer 10 000 überschritten. Als Herkunftsländer treten vor allem Württemberg, die Pfalz, Braunschweig, Oldenburg, Thüringen und Hessen und unter den preussischen Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein hervor. Als Ausgangshafen steht Hamburg an der Spitze, aber der Anteil Bremens ist in starkem Anwachse begriffen; Hamburg 57 Proz., Bremen 42 Proz. (gegen 33 Proz. im Vorjahre). Die Ziffern für Amsterdam und Rotterdam fallen nicht ins Gewicht. Da auch noch 19 128 ausländische Auswanderer über Bremen und Hamburg ihren Weg genommen haben, so war das Geschäft der großen Schiffsfahrtslinien durchaus günstig. Das Hauptziel der deutschen Auswanderung sind heute wiederum die Vereinigten Staaten. In den Monaten Juli und August haben sich 7500 bzw. 9000 Deutsche nach New York eingeschifft. Da die für das Jahr Juli 1923 bis Juni 1924 in den Vereinigten Staaten zugelassene Quote 67 707 beträgt, so muß damit gerechnet werden, daß vom März des nächsten Jahres an bis zum 1. Juli Deutsche in Nordamerika nicht mehr zugelassen werden. Bisher kam ein Erschöpfwerden der Jahresquote nur für Polen, Tschechoslowakei und Balkanländern in Betracht. Wenn sich nicht unerwarteterweise in Südamerika und etwaigen anderen Ländern Betätigungsmöglichkeiten für Deutsche eröffnen, müßte in den ersten Monaten des kommenden Jahres der Zustand eintreten, daß für den ungeheuren deutschen Bevölkerungsüberschuß keine Abwanderung mehr möglich sein wird.

Sicherlich aber würden die hier angegebenen Ziffern noch weit höher sein, wenn der größte Teil der Deutschen nicht zu arm wäre, um die nötigen Mittel zur Auswanderung aufzubringen.

Festgenommene Viehräuber.

Eine vierköpfige Diebesbande, die seit Monaten die märkischen Güter besonders im Osthavelland heimlich, wurde von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen. Die Festgenommenen, namens Petersdorf, Gennrich, Jarchahn und König, arbeiteten in der Weise, daß immer einer von ihnen abwechselnd auf einem Gute Stellung nahm. Nachdem er sich in ein bis zwei Tagen über die Decklichkeit und die ganzen Verhältnisse des Gutes unterrichtet hatte, benachrichtigte er seine Spießgesellen, öffneten ihnen die Viehställe und sie schlichen dann Lämmer oder auch Färsen an Ort und Stelle ab und zerfleimerten sie so, daß sie sie unauffällig nach Berlin schleppen konnten. Hier brachten sie die Beute zunächst zu einer Zimmervermieterin Frau Sturmhöfel in der Weststraße 10, der Stiefmutter des einen, bei der sie unangemeldet wohnten. In der Abendwache wurden die geschlachteten Tiere in Stüden abgehäutet, weiter zerlegt und für den Verkauf zurechtgemacht. Frau Sturmhöfel bekam einen Teil des Fleisches und mußte dafür ihre „Miet“ vorpflegen. Das übrige Fleisch verkauften die Diebe an Gastwirte in Moabit und in der Umgebung des Stettiner Bahnhofs.

Die Wassersperre des Hauswirts.

Bei der Umlegung der Hausbetriebskosten auf die Hausbewohner kommt es nicht selten zu unliebsamen Auseinandersetzungen. Am heftigsten ist die Frage des Wasserverbrauches, der in den einzelnen Haushaltungen sehr ungleich sein kann. Man soll nicht sofort in jedem Mehrverbrauch, soweit er sich nicht als Wasserverschwendung darstellt, eine Ungehörigkeit sehen. Aber Gewerbetreibende, die manchmal für sich allein ebenfalls Wasser verbrauchen wie alle anderen Hausbewohner zusammen, können nicht verlangen, daß die gesamte Hausbewohnerschaft diese Kosten mit übernimmt. Einem Berliner Hauswirt, dem Eigentümer des Hauses Thaeerstr. 42, haben die Mieter die Mitzahlung des von ihm in seinem Gewerbebetrieb verbrauchten Wassers verweigert. Er dreht auf seinem Grundstück die Zubereitung von Hundesutter zum Verkauf und verbraucht dabei sehr viel Wasser, um die vom Schlachthof bezogenen Rohstoffe zu reinigen. Der Streit um die Bezahlung dieses Wassers hat dazu geführt, daß der Wirt gegen seine Mieter sogar zur Wassersperre schritt. Von den Zuständen, die sich danach in dem Hause entwickelten, weil die Klosetts nicht gespült werden konnten, wurden die zuständigen Behörden in Kenntnis gesetzt. Durch Beschluß des Amtsgerichts wurde die Aufhebung der eigenmächtigen Wassersperre erzwungen, und ein Gerichtsvollzieher erschien dann zur Ausführung dieses Beschlusses in dem Hause. Hinterher sperrete aber der Wirt das Wasser aufs neue ab, unbekümmert

um die Gesundheitsschädigung und auch um die Feuergefahr, die daraus entstehen konnte. Diese wiederholte Wassersperre, die die Mieter genötigt, Wochen hindurch ihr Wasser von einem aus der städtischen Wasserleitung gespeisten Straßenbrunnen herbeizuschleppen. Dadurch wirt, wie die Mieter selber in einer Zischrift an uns hervorheben, die Stadt um Milliarden an Wassergeld geschädigt. Eine Mieterversammlung hat beschlossen, von neuem das Gerichte anzurufen. Hoffentlich wird dieser Hauswirt nachdrücklich darüber belehrt, welche Rechte und welche Pflichten er hat.

Der Billionen-Dollar.

Die Preiskatastrophe auf dem Lebensmittelmarkt.

Mit Beginn des heutigen Marktages setzten auf dem gesamten Lebensmittelmarkt Preissteigerungen ein, die wohl einzig dastehen dürften. Die Nachricht, daß der Dollar in New York mit 1 1/2 Billionen notiert wird, brachte schon in den ganz frühen Morgenstunden die Hausfrau auf die Straße, um auch die letzten „Papiergeldstücke“ loszuwerden. In den einzelnen Markthallen wurden die Stände erst sehr spät eröffnet und warteten mit Preisen auf, die nur Rafftes bezahlen konnten, es sei denn, daß verzweifelte Frauen ihren letzten Papierrest ausgaben, weil ihnen etwas Ware lieber war als wertloses Papier. Für Margarine wurde im Durchschnitt 70—80 Milliarden und für Butter 170 Milliarden Mark gefordert. Das Spekulationsfett, das Schmalz, war überhaupt nicht erhältlich. Am Fleischmarkt herrschte ebenfalls eine wahre Preisanarchie, und es ist bezeichnend, daß man auf der einen Seite für Hammelfleisch 80 Milliarden Mark zu bezahlen brauchte. Die Händler wiffen im Augenblick nicht, welche Preise sie nehmen sollen. Wie wir erfahren, sollen die Fleischpreise erst im Laufe des Tages geregelt werden.

Heute vormittag wurden die Verhandlungen über eine neue Sühnungsaktion für den Brotpreis in Rathaus fortgesetzt. Die Vertreter der Reichsgetreidestelle werden in dieser Konferenz mitteilen, welche Mengen die Reichsgetreidestelle abgeben will. Vorher findet eine Aussprache zwischen dem Präsidenten der Reichsgetreidestelle und den Vertretern der Groß-Berliner Bäcker statt. Es wird leider kaum damit zu rechnen sein, daß größere Mengen Getreide zur Verfügung gestellt werden, da voraussichtlich auch andere große Städte Hilfe von der Reichsgetreidestelle verlangen werden.

Die Besprechungen über eine wertbeständige Zahlung an die Landwirtschaft für die Milchlieferungen haben bisher noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt. Die diesbezüglichen Besprechungen mit Vertretern des Reichsfinanz- und des Reichspostministeriums ergaben zahlreiche Schwierigkeiten, die einer schnellen Übermittlung der wertbeständigen Zahlungsmittel an die Landwirtschaft entgegenstehen. Das Postministerium kam jedoch den Wünschen der Stadt Berlin und des Handels insoweit entgegen, als versucht werden soll, für die Annahme der Milchgeider einen besonderen Schalter einzurichten, von dem aus die Weiterleitung der Beträge an die ländlichen Spar- und Darlehnsstellen beschleunigt erfolgen sollen. — Gegen wertbeständige Bezahlung ist natürlich nichts einzuwenden. Wertbeständige Bezahlung der Lebensmittel steht aber wertbeständige Löhne voraus. Hier aber dürften die satfam bekannten „Schwierigkeiten“ noch größer sein als bei der wertbeständigen Bezahlung der „notleidenden“ Milchlieferanten.

Das Verschwinden eines neugeborenen Kindes beschäftigt die Kriminalpolizei. Ein 18 Jahre altes Dienstmädchen Anna B. ging vorgestern abend nach einer Wohnlaube ihrer Herrschaft in Schönau (Kolonie Heinersdorf) und blieb dort über Nacht. Man fand es dort in Blute schwimmend liegen. Ein Arzt stellte fest, daß es ein Kind geboren hatte. Dieses aber ist verschwunden. Das Mädchen behauptet, es sei tot zur Welt gekommen, und es habe die kleine Leiche gleich auf dem Laubengänge verscharrt. Die Nachforschungen, die die Kriminalpolizei des 281. Revers sofort anstellte, blieben jedoch ohne Erfolg. Die junge Mutter wurde vorläufig nach dem Krankenhaus gebracht. Man vermutet, daß sie einer „Helferin“ in die Hände gefallen ist.

Reichsminister a. D. Solmann bricht Sonntag vormittag 11 Uhr in der Rundgebung der republikanischen Jugendverbände im Herrenhaus, Leipziger Str. 3.

Die Kunstgemeinde des Bezirks Treptow veranlaßt am 6. November 8 Uhr in der Aula des Reichshausums Oberländerstraße ihren ersten Kundabend mit dem Musical-Über unter Leitung von Prof. Zibel. Neller und neue Volkslieder. Für Mitglieder 3 Mark, für Gäste 3 Mark. Am 21. November (Volltag) nachmittags 3 Uhr, findet eine Sondervorstellung im Schiller-Theater, Charlottenburg, statt. Karten liegen ab 15. November in den Zapfhallen der Kunstgemeinde aus.

Des deutschen Volkes Not. Das holländische Rote Kreuz veröffentlicht heute einen Aufruf, in dem mit kurzen, ergreifenden Worten die furchtbare Notlage des deutschen Volkes geschildert und das niederländische Volk aufgefordert wird, dem östlichen Nachbarn in derselben großzügigen Weise zu Hilfe zu eilen, wie es dies seinerzeit anlässlich der russischen Hungersnot getan habe.

Eisenbahnunglück bei Ugram. Am 2. November, früh gegen 7 Uhr, hat zwischen dem von Belgrad nach Subotiza unterwegs befindlichen Personenzug und einem andern in der Nähe von Ugram ein heftiger Zusammenstoß stattgefunden. Beide Lokomotiven sind zertrümmert. Die Waggons der Züge fuhrten ineinander und entgleisten. 3 Tote, 19 Schwerverwundete und mehr als 100 Leichtverletzte wurden bisher gezählt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Kreisleiter! Zu den am Dienstag stattfindenden Volksversammlungen sind die nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit der gute Verlauf der Versammlungen garantiert ist. Der Bezirksvorstand.

Amtliche Devisenkurse.

	8. November		2. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
	M = Millionen Mark, T = Tausend Mark.			
1 holländ. Gulden	164688 M	165312 M	121095 M	122300 M
1 argentin. Papier-Peso	133665 M	184335 M	98753 M	99247 M
1 belgischer Franc	20948 M	21052 M	15561 M	15689 M
1 norwegische Krone	63441 M	63726 M	46882 M	47117 M
1 dänische Krone	73017 M	73388 M	53666 M	53934 M
1 schwedische Krone	112119 M	112681 M	82194 M	82696 M
1 finnische Mark	11872 M	11425 M	8379 M	8121 M
1 japanischer Yen	204488 M	205512 M	151020 M	152580 M
1 italienische Lira	18953 M	19047 M	13965 M	14035 M
1 Fund Sterling	1 993250 M	1 994750 M	1 993500 M	1 993500 M
1 Dollar	418950 M	421050 M	319200 M	320800 M
1 französischer Franc	24330 M	24461 M	18354 M	18446 M
1 brasilian. Milreis	37995 M	38075 M	27930 M	28070 M
1 Schweizer Franc	75411 M	75789 M	54668 M	54937 M
1 spanische Peseta	56489 M	56711 M	40898 M	41102 M
1 österr. Krone (abgefl.)	5075 T	5015 T	4389 T	4411 T
1 tschechische Krone	12469 M	12581 M	9177 M	9232 M
1 ungarische Krone	22922 T	23058 T	17556 T	17644 T
1 bulgarische Levva	3890 M	4010 M	2893 M	2907 M
1 jugoslaw. Dinar	4998 M	4962 M	3891 M	3709 M

